



BERLIN, für alle in der Sozialen Arbeit

Weitere Infos zur Kampagne unter: www.gew-berlin.de/fair-statt-prekaer








Wir sagen NEIN zu prekärer Beschäftigung in der Sozialen Arbeit!

Position der Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit der GEW-BERLIN


Soziale Arbeit basiert zunehmend auf prekären Beschäftigungsverhältnissen mit all ihren Folgen. Wohlfahrtsverbände und ihre Mitgliedsorganisationen werden nicht müde soziale Gerechtigkeit zu fordern. Die sozialpädagogischen Fachkräfte werden aber in ihren Betrieben zu Konditionen beschäftigt, die weder deren existenziellen, sozialen noch ihren gesundheitserhaltenden Bedürfnissen gerecht werden. Das ist zynisch und nicht zu akzeptieren.






Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass die Berliner Landesregierung der stetigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei den freien und gemeinnützigen Trägern und Wohlfahrtsverbänden zuschaut. Wir fordern sie auf, endlich zur Absicherung der Beschäftigten in diesem Sektor Position zu beziehen und ihren Einfluss geltend zu machen. Auch in diesem Bereich muss mindestens nach Tarif bezahlt werden.

Wir protestieren gegen ...




-  ... die Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse durch die Zunahme von Beschäftigungsmaßnahmen (ABM, MAE), zu denen auch freigesetzte Fachkräfte mit langjähriger Berufserfahrung zwangsverpflichtet werden sowie gegen die Zunahme von Mini-Jobs.
-  ... die Zunahme ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse, z.B. in Form von Zeitverträgen, unfreiwilliger Teilzeitarbeit und von kapazitätsorientierten Arbeitsverträgen (z.B. sogenannten „20 Std. plus X Verträge“) sowie gegen die Beschäftigung von Honorarkräften zum Zweck der Kostenersparnis.
-  ... die Tariffucht des Landes Berlin und vieler frei-gemeinnütziger Träger, die sich immer mehr tarifvertraglicher Vereinbarungen entziehen, obwohl sie in früheren Jahren den BAT noch als „Leitwahrung“ verstanden hatten.
-  ...die Beschneidung von Mitbestimmungsrechten bei den Einrichtungsträgern und in den Wohlfahrtsverbänden. Insbesondere kommt es vermehrt zu Ausgründungen kleiner rechtlicher Einheiten, wodurch z.B. das Betriebsverfassungsrecht gezielt ausgehebelt wird und auch Leiharbeit sich etabliert.
-  ... die teilweise unhaltbare qualitative wie quantitative Arbeitsbelastung (z.B. stetig neue und komplexere Aufgaben, höhere Fallzahlen), welche die Gesundheit der Beschäftigten gefährdet bzw. beeinträchtigt.

Die GEW Berlin setzt sich ein für wertschätzende Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit!



-  Existenzsichernde Bezahlung mittelfristig analog TVöD in Form von Haustarifverträgen und langfristig im Rahmen eines geschlechtergerechten Branchentarifvertrags.

-  Abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse auf der Basis der Sozialversicherungen und seriösen Arbeitsverträgen.
-  Anwendung sozialer Rechte und Partizipationschancen (z.B. Kündigungsschutz, Rentenversicherung, betriebliche Mitbestimmung).
-  Erhaltung der Gesundheit der Beschäftigten im Rahmen der Fürsorgepflicht der Anstellungsträger (z.B. betrieblicher Gesundheitsschutz).
-  Beschäftigungsformen, die die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen Netzen am Arbeitsplatz (z.B. für kollegialen Austausch) ermöglichen.
-  Rahmenbedingungen, die eine verantwortliche professionelle Ausübung des Berufs unterstützen. Anerkennung Sozialer Arbeit als professionelle hochwertige Dienstleistung.

Die GEW Berlin fordert die Berliner Landesregierung auf ...

-  ... Entgeltvereinbarungen mit frei-gemeinnützigen Trägern so zu gestalten, dass tarifgerechte Löhne zu finanzieren sind.
-  ... Kontrollinstrumente zu schaffen, die garantieren, dass die Lohnanteile von Entgelten auch tatsächlich an die ArbeitnehmerInnen weiter geführt werden.
-  ... zukünftig nur Verträge mit solchen Trägern abzuschließen, die neben hoher Fachlichkeit nachweislich mindestens nach Tarif (TVöD) entlohnen und das Arbeitsschutzgesetz (z.B. § 5 und § 6 ArbSchG) einhalten sowie die Umsetzung der rechtlich verbrieften Mitbestimmungsrechte ihrer Angestellten unterstützen.

Die GEW Berlin fordert die frei-gemeinnützigen Träger und Wohlfahrtsverbände auf ...

-  ... mit den zuständigen Gewerkschaften Rahmentarifverhandlungen aufzunehmen und umgehend Haustarifverträge im Rahmen üblicher gesellschaftlicher und insbesondere arbeits(-schutz)rechtlicher Normen abzuschließen.
-  ... seriöse Beschäftigungsverhältnisse zu empfehlen und zu realisieren, weil daran auch ihre allgemeine öffentliche Glaubwürdigkeit geknüpft ist.

Wir sagen NEIN zu prekärer Beschäftigung in der Sozialen Arbeit!

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Angst vor Arbeitsplatzverlust bzw. die Abstiegsangst der Beschäftigten machen Engagement in eigener Sache erforderlich! Deshalb startet **ab Mai 2009** unsere Kampagne „**NEIN zu prekärer Beschäftigung in der Sozialen Arbeit!**“. Wer mehr über unsere Kampagne wissen möchte oder sie unterstützen möchte, erhält ab Mai weitere Informationen unter: www.gew-berlin.de/fair-statt-prekaer

Kontakt: **GEW Berlin**

Andreas Kraft (andreas.kraft@gew-berlin.de)
 Ulrike Eichinger (ulrike.eichinger@gew-berlin.de)
 Ahornstraße 5, 10 787 Berlin, Tel. 21 999 30

